



Jahresbericht Demokratische Republik Kongo 2019

Am 30. Dezember 2018 fanden in der Demokratischen Republik Kongo Wahlen statt. Die zweite Amtszeit von Präsident Joseph Kabila hatte bereits am 19. Dezember 2016 geendet, eine dritte Amtszeit ist von der Verfassung nicht vorgesehen. Da die Wahl eines Nachfolgers immer wieder aufgeschoben wurde, gab es bereits in den Vorjahren landesweite Proteste (siehe [Jahresbericht 2017](#)), in deren Zusammenhang es zu massiver Gewalt kam. Zwischen Dezember 2018 und Januar 2019 sind über 20.000 Menschen aus der Demokratische Republik Kongo in die Nachbarländer geflohen, da sie Gewaltausbrüche nach den Wahlen befürchteten.

Am 25. Januar 2019 trat der Nachfolger Kabilas, Félix Tshisekedi, sein Amt an. Einen Monat später führte der damalige Generalsekretär von Amnesty International, Kumi Naidoo, ein Telefonat mit Tshisekedi und forderte ihn darin auf, gegen die andauernden Menschenrechtsverletzungen im Land vorzugehen. Damit einher ging ein [offener Brief mit zehn Vorschlägen](#) zur Verbesserung der Menschenrechtssituation, darunter: Aufhebung des Versammlungsverbots, Beendigung der Internet- und Medienbeschränkungen, Verbot der Kinderarbeit, Stärkung der Frauenrechte und Untersuchung aller Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte.

Am 13. März 2019 gewährte Tshisekedi 700 politischen Gefangenen eine Amnestie. Viele von ihnen waren lediglich aufgrund von friedlichen Protesten gegen die aufgeschobene Präsidentenwahl inhaftiert gewesen. [Amnesty International bewertete dies als ersten Schritt](#) zur Wiederherstellung eines effektiven Schutzes der Menschenrechte im Land, drängte aber darauf, dass die betroffenen Personen nun auch wirklich aus der Haft entlassen werden müssten. Diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen verübt hätten, müssten zur Verantwortung gezogen werden und die Geschädigten müssten eine angemessene Wiedergutmachung erfahren.

Am 14. Mai 2019 [mahnte Amnesty International an](#), dass in der neuen Regierung und im neuen Parlament keine Personen sitzen dürften, die selbst im Verdacht stehen, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Die vom neuen Präsidenten Tshisekedi bereits durchgesetzten Schritte, etwa die Amnestie der Inhaftierten und die Aufhebung des Versammlungsverbots, seien zu begrüßen, jedoch müsse nun darauf geachtet werden, dass in staatlichen Strukturen, etwa beim Militär, bei der Polizei und beim Geheimdienst, keine Personen beschäftigt seien, denen Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt würden. Es bestünde die Gefahr, dass andernfalls entsprechende Untersuchungen sabotiert würden. Alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Kräfte müssten vorbehaltlos aufgeklärt werden.